

Sehr geehrte Frau (*Name von der Webredaktion gelöscht*),  
sehr geehrte Frauen für den Frieden,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Landtagswahl und Ihr Interesse an unseren Positionen.

Zusammen mit meinem Kollegen Alexander Salomon sende ich Ihnen hier gerne die gemeinsame Position von uns beiden Grünen Karlsruher Landtagsabgeordneten und -kandidat\*innen.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass Frieden mehr bedeutet als das Beenden und Verhindern von kriegerischen Auseinandersetzungen. Politik für den Frieden muss bereits bei den Ursachen von Konflikten ansetzen – und damit letztendlich bereits auf kommunaler Ebene. Unser Ziel ist die Entwicklung einer Kultur des Friedens. Dafür braucht es die Vermittlung von Friedensstrukturen, Friedenskompetenz, Friedensfähigkeit und Friedenshandeln. In dieser umfassenden Sicht durchdringen und beeinflussen sich die ökologischen, politischen und sozialen Herausforderungen, die Sie nennen, gegenseitig, so dass uns ein "Ranking der Herausforderungen" schwerfällt. Dennoch haben wir natürlich persönliche Themen- und Arbeitsschwerpunkte – eine kleine Auswahl davon stellen wir Ihnen gerne vor.

Den größten Stellenwert messen wir der Klimakrise und dem Artensterben bei, weil es hier entscheidend auf die nächsten Jahre ankommen wird. Wir haben nur noch ein kleines Zeitfenster, um die globale Erwärmung auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Dabei ist die Klimakrise eng mit Fragen von Gerechtigkeit und Ungleichheit verbunden, denn die Folgen wie Anstieg der Meeresspiegel und Ausdehnung von Wüstenzonen werden zuerst die Länder des globalen Südens treffen – die selbst am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben – und werden zu neuen Fluchtbewegungen führen und neue Konflikte auslösen. Als Teil der Grünen Landtagsfraktion wollen wir Baden-Württemberg zu einem klimaneutralen Land weiterentwickeln, das das Pariser Klimaschutzabkommen und den Green Deal der Europäischen Union ambitioniert umsetzt und Energiewende, Ressourceneffizienz und echte Kreislaufwirtschaft verwirklicht.

Als kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion sieht Ute Leidig ihre Aufgabe an der Schnittstelle von Landes- und Kommunalpolitik: Sie hat sich dafür eingesetzt, dass das Land Kommunen durch Beratung und Förderprogramme dabei unterstützt, Klimaschutz vor Ort zu stärken, aber auch kommunalen Klimaschutz einzufordern. Ein Meilenstein ist hier die

neue Verpflichtung von Stadtkreisen und Großen Kreisstädten zu einer kommunalen Wärmeplanung, die als Teil des neuen Klimaschutzgesetzes vor wenigen Monaten verabschiedet wurde. Damit werden flächendeckende klimaneutrale Wärmeversorgungsnetze entstehen. Für kommunalen Klimaschutz zu werben, Förderangebote bekannt zu machen bei Kommunen, kommunalen Verbänden, vor allem auch bei Gemeinderät\*innen - dieses Engagement würde sie gerne in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

Alexander Salomon ist Vorsitzender des Arbeitskreises Wissenschaft, Forschung, Kunst seiner Fraktion und begreift Wissenschaftspolitik als Aufgabe, Innovationen für eine klima- und umweltgerechte Zukunft zu befördern und dieses Wissen dann allen Menschen zur Verfügung zu stellen. In der kürzlich erfolgten Novellierung des Landeshochschulgesetzes wurden mit seiner Unterstützung die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Ziele der Hochschulen gesetzlich verankert. Ausdruck seines Verständnisses von Hochschulpolitik ist die von ihm initiierte Gründung des Instituts für Nachhaltige Mobilität an der Hochschule Karlsruhe, die Etablierung des Zentrums für ökologischen Landbau sowie die Einrichtung des Kompetenzzentrums Biodiversität und integrative Taxonomie. Er ist sich sicher, dass wir mit guten Beispiel aus Baden-Württemberg unseren Anteil daran haben können, dass der Klima- und Artenschutz weltweit gestärkt wird.

Ein gemeinsamer Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Thema Nachhaltige Beschaffung. Öffentliche Auftraggeber vergeben zusammen Aufträge im Umfang von 13% des Bruttoinlandprodukts und sollten diese Marktmacht nutzen, um die Nachfrage nach ökologisch und fair erstellten Produkten und Dienstleistungen zu stärken. Vor wenigen Jahren war Nachhaltigkeit noch als „vergabefremdes Kriterium“ ausgeschlossen, inzwischen hat sich hier einiges getan: Das Land hat sich zu Nachhaltiger Beschaffung verpflichtet, die bei Ausschreibungen und Vergaben weit mehr als den reinen Preis berücksichtigt, und den Kommunen Nachhaltige Beschaffung empfohlen. Diese Regelung wollen wir noch verbindlicher ausgestalten - im Sinne von Umweltschutz, Gleichstellung, sozialer und globaler Gerechtigkeit. Es darf sich für Unternehmen nicht mehr auszahlen, Arbeitsstandards zu missachten, um ihre Waren und Dienstleistungen möglichst billig anbieten zu können und damit den Zuschlag bei öffentlichen Ausschreibungen zu bekommen. Bei einer seiner letzten Plenarsitzungen hat der Landtag das Bestattungsgesetz geändert und damit den Kommunen eine rechtliche Handhabe gegeben, Grabsteine auszuschließen, die mit Kinderarbeit gefertigt wurden. Wir sind froh, dass wir das noch geschafft haben - die Rechtslage ist hier sehr komplex, und

von der Idee bis zu einer gerichtsfesten Umsetzung mussten fast neun Jahre vergehen.

Starker Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft - diese Voraussetzung für gesellschaftlichen Frieden ist durch die Corona-Pandemie und die Ängste, die sie auslöst, nicht einfacher geworden. Einen Ansatz sehen wir dabei im Quartiersgedanken, im Stärken von "sorgenden Gemeinschaften", von lebendigen Quartiersnachbarschaften. Ein Netz institutioneller und ehrenamtlicher Strukturen ermöglicht allen, sich einzubringen, bietet die Chance zu gesellschaftlicher Teilhabe, wirkt Vereinzelung entgegen und bietet Unterstützung in Lebenskrisen und bei Pflegebedarf. Das Land fördert Quartiersarbeit inzwischen über Programme des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Ländlichen Raum und des Sozialministeriums - in Karlsruhe unter anderem im Stadtteil Mühlburg. Wir verfolgen diesen neuen Ansatz mit großem Interesse und unterstützen ihn, wo immer möglich.

Genauso wie die Ansätze, die Friedensbildung an den Schulen zu stärken und Friedenskompetenz, die Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktlösung, als wichtigen Baustein von Bildung voranzubringen. In den Bildungsplänen 2016 wurde Friedensbildung als fächerübergreifendes Anliegen verankert. Gleichzeitig wurde die Servicestelle Friedensbildung bei der Landeszentrale für Politische Bildung LpB eingerichtet, die Unterrichtsmaterial für Schulen bereitstellt, Workshops mit Schüler\*innen durchführt, Lehrkräfte weiterbildet und inzwischen die ersten vier "Modellschulen Friedensbildung" begleitet, die an ihren Schulen eine "Kultur des Friedens" aufbauen wollen. Wir sind froh, dass die Grünen den personellen Ausbau und die verstärkte finanzielle Förderung der Servicestelle in ihr Landtagswahlprogramm übernommen haben und werden auf Umsetzung drängen.

Wir halten vor allem die Bildung für einen essentiellen Ansatz für eine friedlichere Welt – übrigens unabhängig vom Alter. Es ist wichtig, dass wir alle bereits von Kindesbeinen an lernen, in globalen Zusammenhängen zu denken. Wir müssen uns noch bewusster darüber werden, welche negativen Konsequenzen unser individuelles Handeln haben kann – im eigenen Umfeld, aber auch in anderen Teilen der Welt. Nur wenn wir diese Zusammenhänge verstehen und danach handeln, haben wir eine Chance, die Umweltzerstörung und die Klimaerhitzung aufzuhalten. Und nur dann können wir die Weichen neu stellen, um ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Deshalb muss auch Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) noch viel stärker als bisher in den Bildungsplänen aller

Schularten verankert und umgesetzt werden. Dazu müssen wir das Fortbildungsangebot für Lehrer\*innen und anderes pädagogisches Personal im Bereich der BNE ausbauen. Unser Ziel ist es, dass BNE ein obligatorischer Bestandteil der Lehrer- und Erzieher\*innenausbildung und fakultätsübergreifend an den Hochschulen des Landes gelehrt wird. Die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit außerschulischen Expert\*innen und der Zivilgesellschaft (Weltläden, Future Fashion Shops, Entwicklungshelfer\*innen und Entsendeorganisationen, Städtepartnerschaftsvereinen, kommunalen und kirchlichen Projektträgern etc.) soll nochmals gestärkt werden.

Und noch einen weiteren, für uns sehr wichtigen Ansatz möchten wir beleuchten: Wir Grüne in Baden-Württemberg streiten für globale Gerechtigkeit und globale Solidarität. Die grün-geführte Landesregierung hat die personellen und finanziellen Ressourcen für die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit SEZ als Servicestelle des Landes in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht – mit Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Projekte (bwirkt!) und das Kompetenzzentrum Burundi.

Als Ansprechpartnerin für den Bereich Nord-Süd-Partnerschaften gibt die SEZ Impulse, Tipps und Hilfe für Vereine, Schulen, Kommunen und Privatpersonen. Dazu gehört die Beratung und Förderung von partnerschaftlichen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und die Initiierung und Begleitung von baden-württembergischen Schul- und Projektpartnerschaften in den Ländern des globalen Südens. Wir Grüne stehen ein für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Werte sind Grundlage unserer grünen Regierungspolitik in Baden-Württemberg, in Europa und in unseren internationalen Beziehungen.

Ressortübergreifend haben wir die entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die Zivilgesellschaft in dem breit angelegten Beteiligungsprozess „Weltbürger:gefragt!“ einbezogen. Diesen Dialog wollen und werden wir fortsetzen und zusammen mit der Gesellschaft nach Lösungen und Wegen suchen, damit wir den Frieden unterstützen können.

Das war ein nur kleiner Ausschnitt an Themen und Projekten, für die wir uns eingesetzt haben und gerne weiter einsetzen wollen, und die wir im Zusammenhang mit Frieden im weiteren Sinne sehen. Kommen Sie gerne auf uns zu, wenn Sie noch Fragen haben. Auch zu dem Szenario "Sicherheit neu denken" können wir uns gerne austauschen – wir haben

als Fraktion u.a. auf Initiative von uns beiden zuletzt auch genau die Punkte, die sie angesprochen haben, die strukturelle Widerstandsfähigkeit unserer Zivilgesellschaft und Resilienz, in einem Papier und als Grundsatz unseres Handelns hinterlegt. Wir danken Ihnen für den Hinweis und Link und stehen Ihnen gerne nach der Landtagswahl für vertiefende Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ute Leidig und Alexander Salomon